

Der Mensch ist keine Ware!

Im Interesse von Handelskammer und Unternehmen will der zweite Rechtssenat die Berufsschulen privatisieren, um ihren Einfluß auf die Bildungsinhalte zu erweitern. Dagegen wendet sich das Volksbegehren „Bildung ist keine Ware!“ für das aktuell Unterschriften gesammelt werden.



Die Privatisierung der Berufsschulen dient der Einführung von Billigjobs durch die Hintertür. So scheiterte die Einführung der 100 sogenannten „theoriegeminderten“ Ausbildungsberufe wie Garderobenfachmann oder Parkplatzwächter bisher am Widerstand von Gewerkschaften und Berufsschülern in den demokratischen Mitbestimmungsstrukturen. Sie sind ein Generalangriff auf die bisher erkämpften Tarifverträge und die Duale Ausbildung in Berufsschule und Betrieb. Die Unternehmen versprechen sich von der ‚paßgenauen‘ Qualifizierung der Arbeitnehmer von Morgen unmittelbare Profite, die Kontrolle der Berufsschulen ist dafür Voraussetzung. Doch ein Versuch der Handelskammer, ‚ihre‘ Auszubildenden mit persönlichen Anschreiben durch die Arbeitgeber vom Volksbegehren abzubringen, scheiterte unlängst.

Mit Billigjobs, Ausbildungsgebühren und Managementstrukturen an den Schulen soll der soziale und kulturelle Druck auf jeden Einzelnen erhöht werden, sich in der Konkurrenz nach den Ansprüchen der Wirtschaft zu richten. Damit liegt die Berufsschulprivatisierung voll auf der Linie des Senatsleitbildes „Wachsende Stadt“. Dort heißt es zur Bildung: „Die Einkommens- und Beschäftigungschancen einer Region sind im hohem Maße von der Humankapitalausstattung abhängig. Die Akkumulation von Humankapital wird zunehmend zu einem treibenden Faktor des wirtschaftlichen Wachstums.“ Im Klartext: Der Mensch soll vom gesellschaftlichen Subjekt zum sich selbst bewirtschaftenden „Rohstoff“ erniedrigt werden. Mit verschärfter alltäglicher Konkurrenz und dem Versprechen bescheidenen Wohlstands wirkt der Rechtssenat für gesteigert verwertungskonforme Unterwürfigkeit im Dienste der Profitsteigerung. Der Abbau sozialstaatlicher Errungenschaften sowie die Privatisierung und Kommerzialisierung öffentlicher Aufgaben dienen der Ausweitung von Profit- und Konkurrenzorientierung auf immer weitere gesellschaftliche Bereiche und sind daher zu bekämpfen.

Deshalb gehören auch die Berufsschulen in staatliche Kontrolle, gerade weil die berufliche Bildung allen Menschen nutzen soll, statt nur Unternehmensgewinne zu steigern. Kritische Urteilsfähigkeit, bewußte Kooperation und gesellschaftliche Verantwortung können nur im allgemeinbildenden Unterricht von allen entwickelt werden. Eine solche allgemeine Bildung qualifiziert für den Berufsalltag, in dem die Arbeitnehmer ständig für eine Verbesserung ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen gemeinsam gegen die Unternehmen streiten müssen. Mit dem Grad der Verwirklichung humanistischer Entwicklung von Gesellschaft und Persönlichkeit durch egalitäre Anteilnahme, bewußte Kooperation und solidarische Lebensweise in Gegnerschaft zur Verwertung steigt die Lebensqualität.

Die beiden aktuellen Volksbegehren bilden den Auftakt für einen „Heißen Herbst,“ in dem es in Tarifikämpfen und Protestaktivitäten unter anderem um die bedarfsgerechte Finanzierung der Bildungseinrichtungen sowie der Lehrenden und Lernenden gehen wird. Gerade an Berufs-, Hoch- und allgemeinbildenden Schulen müssen wesentliche Voraussetzungen für ein vorzeitiges Ende des unternehmerfreundlichen und unsozialen zweiten Rechtssenats erkämpft werden. Wir laden deshalb ein zur Diskussionsveranstaltung „Bildung zum Nutzen Aller – Wie soll die berufliche Bildung reformiert werden?“. In der Diskussion wollen wir die während der Volksbegehren gesammelten Eindrücke und Erfahrungen zum Bildungsverständnis be- und auswerten. Reflektieren welche Fortschritte mit der Mobilisierung für das Volksbegehren „Bildung ist keine Ware“ gegen die Profitdominanz erreicht wurden. Dabei wollen wir die Bildungsreformdebatte um Menschen und Gesellschaftsbild von fortschrittlicher Seite wieder beleben und Schlußfolgerungen für die weiteren Auseinandersetzungen für ein solidarisches Hamburg ziehen.

Bildung zum Nutzen Aller

Wie soll die berufliche Bildung reformiert werden?

Diskussionsveranstaltung

mit Ole Schwede (Sprecher der DGB-Jugend Hamburg)

Freitag, den 24. September 2004, 18.30 Uhr

im Kurt-Schumacher-Haus (Kurt-Schumacher-Allee 10, 20097 Hamburg)